



Einzelpreis 5,- €

# WirKommunalen

Praxismagazin für Politik in Stadt und Land

2/17



**DEMOGRAFISCHER  
WANDEL**

# GEMEINSAM FÜR UNSERE KOMMUNEN

Das kommunale Praxismagazin **WirKommunalen** ist eine Plattform für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und bietet Information, Orientierung, Anreiz und Wertschätzung für das kommunale Engagement.



**Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-61, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail [vertrieb@ask-berlin.de](mailto:vertrieb@ask-berlin.de)**

WirKommunalen erscheint unregelmäßig 2-3 Mal im Jahr und ist zum Einzelheftpreis von 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten erhältlich.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Berliner Bevölkerung schrumpft bis zum Jahr 2030 von 3,4 auf 3,3 Millionen – davon ging das Statistische Bundesamt im Jahr 2011 in einer Prognose aus. Heute hat Berlin 3,7 Millionen Einwohner. Und der Senat rechnet bis 2030 mit einem weiteren Anstieg von über 180.000 Menschen. Kurz gesagt: Bevölkerungsprognosen sind schwierig.

Sicher ist allerdings, dass die Entwicklung in den Kommunen sehr unterschiedlich verläuft. Wachstum und Schrumpfung liegen oft eng nebeneinander, wie der neue Raumordnungsbericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zeigt. Demnach ist die Bevölkerung in Großstädten zwischen 2005 und 2015 um 1,4 Millionen gewachsen. Ebenso wachsen die Speckgürtel um Berlin, Hamburg und München. Dagegen schrumpft die Bevölkerung in 37 Prozent der Mittelstädte. Und über die Hälfte der Kleinstädte hat seit 2005 einen zum Teil massiven Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

In den Ballungszentren wird der Platz knapp, auf dem Land fehlt es an Menschen. Beides hat Folgen: Die Großstädte kämpfen mit steigenden Mieten, überfüllten Kitas und langen Wartezeiten in den Ämtern. Der ländliche Raum kämpft darum, auch bei schrumpfender Bevölkerung die notwendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten: vom Nahverkehr über die ärztliche Versorgung bis zu Schulen und Kitas.

Die Autoren des Raumordnungsberichts fordern hierzu Mindeststandards. Vor allem aber fordern sie eine Gemeindefinanzreform, um die Kommunen überhaupt in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben „für die Sicherung der Daseinsvorsorge“ zu erfüllen.

Welche Strategien Kommunen entwickeln, um die Daseinsvorsorge zu sichern, zeigen wir in diesem Heft. In unserem Auftaktbeitrag geht es um die Digitalisierung und den schnellen Ausbau des Breitbandnetzes. Sie sind die Bedingung dafür, dass gerade im ländlichen Raum die Daseinsvorsorge zur Dableibensvorsorge wird (Seiten 4 und 5). Schleswig-Holstein setzt bei der Bewältigung der Herausforderungen durch den Demografischen Wandel auf eine ressortübergreifende Landesentwicklungsstrategie (Seite 6). Ein Beispiel aus Ostsachsen zeigt, wie Kommunen das Thema Ärzteversorgung im ländlichen Raum angehen können (Seite 9). Abschließend zeigt das Beispiel Bad Saulgau, wie Natur und Nachhaltigkeit zum Marketingfaktor für eine Gemeinde werden können (Seite 14).

Foto: Ines Meier



Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

*Henning Witzel*

## IMPRESSUM

PROJEKTLÉITUNG UND VISDP: **HENNING WITZEL** ASK BERLIN, BÜLOWSTRASSE 66, 10783 BERLIN

REDAKTION: **GERO FISCHER, BIRGIT GÜLL** ANZEIGEN: **KERSTIN BÖHM, SIMONE ROCH**

LAYOUT: **JANA SCHULZE** GRAFIK@JANASCHULZE.DE TITELBILD: **MEDIAPHOTOS/ISTOCK.COM**

DRUCK: **DRUCKEREI VETTERS** GUTENBERGSTRASSE 2, 01471 RADEBURG ERSCHEINUNGSTERMIN: **OKTOBER 2017**



*Digitale Lösungen können helfen, strukturelle Nachteile des ländlichen Raumes zu kompensieren.*

# „DABLEIBENSVORSORGE“ FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

WILLI KACZOROWSKI

Die überwiegende Zahl der deutschen Kommunen hat deutlich unter 50.000 Einwohner. Trotzdem fokussieren sich Wissenschaft und Politik bisher auf Smart City Strategien. Dies ist angesichts des stärker werdenden Trends zur Flucht vom Land in die Städte hinein auch verständlich. Gerade diese Landflucht ruft in den Städten erhebliche Probleme hervor, die mit Hilfe von Digitalisierung gelöst werden können. Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille.

Die andere Seite bekämpft die Abstimmung mit den Füßen bereits an der Wurzel. Dafür steht der Smart Country Ansatz. Er geht davon aus, dass die Nachteile der ländlichen Regionen durch umfassenden Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien und der Entwicklung von digitalen Lösungen für die Alltagsprobleme kompensiert werden können.

Die Bertelsmann Stiftung hat 2017 im Projekt Smart Country „Vernetzt. Intelligent. Digital“ die Voraussetzungen und Chancen der Digitalisierung für die Regionen jenseits der Ballungszentren aufgezeigt. Eine zentrale These ist, dass es auch beim Lösungsportfolio Smart Country der differenzierten Betrachtung der Voraussetzungen und Chancen bedarf.

## Gemeinschaftsaufgabe Glasfaser

Allerdings eint nahezu alle Kommunen in Deutschland: Im internationalen Vergleich verfügen sie über eine schlechte digitale Infrastruktur. Dabei ist mit digitaler Infrastruktur nicht das seit 2009 propagierte Mickey-Maus Breitband von 50 Mbit/Sek gemeint. Vielmehr ist der systematische Aufbau von superschnellen Glasfasernetzen erforderlich.

Beim Aufbau von Glasfasernetzen zeigt sich der Zusammenhang von demografischer Entwicklung und digitaler Infrastruktur. Die superschnelle Glasfaser wird Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Weil sie in Kombination mit der Digitalisierung der Alltagserfahrungen dazu beitragen kann, Landflucht zu verhindern und die Attraktivität des ländlichen Raumes zu stärken, ist sie eine politische „Dableibensvorsorge“. Ihre Realisierung ist nicht einfach. Die großen Telekommunikationsanbieter investieren immer noch eher in den Ballungsgebieten. Und die zunehmende Zahl von regionalen und kommunalen Unternehmen allein wird nicht ausreichen, den Glasfaserausbau zu schultern. Deshalb hat sich die Bertelsmann Stiftung für eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Glasfaser im strukturschwachen ländlichen Raum“ im Grundgesetz ausgesprochen. Sie

bietet die Chance, Akteure, Finanzen und Strategien zusammenzuführen.

Zusätzlich wird zu dieser „Dableibensvorsorge“ auch der Aufbau einer Assistenzinfrastruktur gehören, die sich besonders an die älteren und nicht so internetaffinen Menschen wendet. Ihnen soll bei der Einrichtung und der Nutzung von Endgeräten und Anwendungen geholfen werden, damit sie sich digital souverän im Netz bewegen können. Diese Aufgabe könnte ein wesentlich erweitertes „Freiwilliges Digitales Jahr“, aber auch Patenschaften von Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen für Alten- und Pflegeheime, Jugendeinrichtungen, Schulen etc. umfassen.

### Digitale Dörfer zeigen Chancen

Erst auf dieser Grundlage lässt sich die Digitalisierung der Alltagserfahrungen angehen. Nahezu alle Bereiche unseres Alltagslebens werden auch im ländlichen Raum von der Digitalisierung erfasst. Pendler, die im ländlichen Raum bleiben wollen und hier trotzdem ihrem Job nach-



*Flexibles und modernes Arbeiten. Bei entsprechender Digitalisierung ist es ohne größeren Aufwand möglich, die Vorteile von Home Office bzw. Telearbeit auch auf dem Land zu nutzen.*

gehen können (Teleworking), Patienten, die mit dem Arzt elektronisch verbunden sind und einen Teil der aufwändigen Arzt- und Krankenhausbesuche sparen (Telemedizin) oder Schüler, die digitale Lernmittel zur eigenen Aus- und Weiterbildung nutzen. Ebenso kann der Wegfall örtlicher kommunaler Dienststellen im ländlichen Raum durch Videokommunikation zwischen Bürgern und Behörden kompensiert werden.

Schließlich wird auch eine neue digitale Logistik für die Nahversorgung Teil der „Dableibensvorsorge“ sein. Im Projekt „Digitale Dörfer“ hat die rheinland-pfäl-

zische Landesregierung aufgezeigt, welche Chancen sich für Einzelhändler durch Digitalisierung ergeben, die zudem noch den Zusammenhalt des Dorfes stärken.

Digitalisierung wird ein zentrales Element des Strukturwandels sein. Politik und Verwaltung müssen deshalb eine Strategie auch für den ländlichen Raum entwickeln, die die Chancen der Digitalisierung erfasst und verwertet.

Willi Kaczorowski war Berater der Bertelsmann Stiftung im Projekt Smart Country.

Foto: Dean Mitchell/Stock.com

ANZEIGE

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW**

# Bildung. Weiter denken!

**GEW**

Gute Bildung für alle – Kommunen besser ausstatten  
**Mehr Geld für Bildung!**

[www.gew.de/weiter-denken](http://www.gew.de/weiter-denken)

# STRATEGISCHE KOMMUNIKATION SCHAFFT AKZEPTANZ

Der Strukturwandel in Städten und Gemeinden erfordert neue Formen der Beteiligung für erfolgreiche Stadt- und Regionalentwicklungsstrategien

HEIKO KRETSCHMER, HANNO BENZ

**D**er demografische Wandel und der Trend zur Urbanisierung sorgen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Vor diesem Hintergrund erleben auf der einen Seite Städte eine hohe Wachstumsdynamik. Auf der anderen Seite hat der ländliche Raum mit einem Rückgang der Bevölkerungszahlen zu kämpfen. Der einsetzende Strukturwandel bedeutet einen Umbruch, der sich gravierend auf einzelne Entwicklungsfelder wie Wirtschaft, Bildung, Kultur und Freizeit auswirken wird, mehr aber noch auf das gesellschaftliche und soziale Gefüge in den Städten und gleichermaßen im ländlichen Raum.

Zugleich sind mit diesen Entwicklungen neue Chancen verbunden, denn Städte sind nicht nur attraktive Wohn- und Wirtschaftsstandorte, sie sind kreative Räume für gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und politische Innovationen.

Um die daraus folgenden Chancen gestalten zu können, wird es zunehmend wichtiger, regionale Entwicklungsperspektiven zu entwerfen, Regionen auf diese Weise zu positionieren und gemeinsam mit den Menschen diese Positionierung aktiv zu

kommunizieren. Wo liegen mit Blick auf die eigene Zukunft Stärken? Wo Schwächen? Wie verstehen sich die Bewohnerinnen und Bewohner und was für ein Bild wollen sie von sich skizzieren? Die Entwicklung einer übergreifenden Erzählung schafft ein integratives Moment nach innen.

## Fachübergreifende Antworten

Themen wie die Digitalisierung, der Anstieg von Miet- und Immobilienpreisen oder die Unterbringung von Flüchtlingen verschärfen überdies bestehende und im Umbruch entstehende Konflikte. Die Geschwindigkeit und Komplexität politischer, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen nehmen zu und führen zu Ängsten und Sorgen bei den Bürgerinnen und Bürgern, nicht selten zu Überforderung. Und sie verändern die Anforderungen an Stadt bzw. Regionalentwicklung und die entsprechenden Verwaltungsstrukturen. Hierauf müssen Antworten gefunden werden.

Dabei erscheint das alleinige Denken aus der Sicht einzelner Verwaltungseinheiten immer weniger erfolgversprechend. Die Verschränkung aktueller Problemlagen, lang-

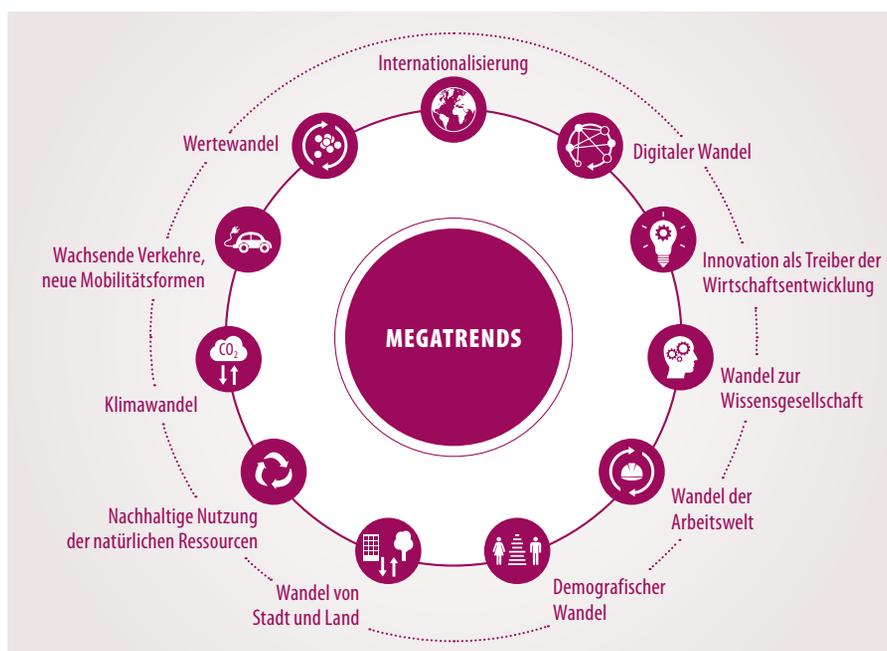
fristiger Entwicklungen und Zielsetzungen offenbart vielmehr die Notwendigkeit, stärker als bisher fach- und ressortübergreifend und über Amtszeiten hinaus zu denken.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat, unterstützt durch Johanssen + Kretschmer, ein Projekt entwickelt, das drei Perspektiven miteinander verbindet: die politisch-strategische Ebene über alle Ressorts hinweg, den intensiven Dialog mit Multiplikatoren im gesamten Land und die Kommunikation als einheitliche „Erzählung“ der Landesregierung. Solch eine „Landesentwicklungsstrategie“ lässt sich mit ähnlicher Methodik als Stadt- und Regionalentwicklungsstrategie deklinieren.

## Einbeziehung aller Akteure

Durch die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie wird das gemeinsame Ziel und Verständnis für die komplexen Fragestellungen von Entwicklungschancen für eine Region geschärft. Zu empfehlen ist ein partizipativer Ansatz mit Fachgesprächen und der Einbeziehung relevanter Anspruchsgruppen, wodurch strategische Vorhaben und neue Ideen generiert werden können sowie die ohnehin engagierten Menschen und Organisationen aus Stadt und Region systematisch in die Zukunftsgestaltung integriert werden.

Die entsprechende Begleitkommunikation ermöglicht einen übergeordneten kommunikativen Bogen, der die einzelnen Themenstränge bündelt und interessierte Bürgerinnen und Bürger an den entwickelten Szenarien teilhaben lässt. Die Zusammenfassung mündet in eine stringente „Erzählung“ einer zukunftsorientierten Politik, die sich nicht im Parteienstreit verliert. Die Einbeziehung aller relevanten Akteure zielt dabei auf eine hohe Akzeptanz.



Bei der Planung einer regionalen Entwicklungsstrategie sind viele Themen und Trends zu beachten, die unter Einbeziehung aller relevanten Akteure diskutiert werden müssen.

**Heiko Kretschmer**

Geschäftsführer Johanssen + Kretschmer  
Strategische Kommunikationsberatung  
h.kretschmer@jk-kom.de

**Hanno Benz**

Seniorberater für den Public Sector und politische  
Kommunikation, Johanssen + Kretschmer  
Strategische Kommunikationsberatung  
h.benz@jk-kom.de

# Dem demografischen Wandel trotzen

Deutschlands Bevölkerung wird immer älter – das stellt uns vor eine große Herausforderung. Umso wichtiger wird es, lebendige Nachbarschaften zu formen und zu unterstützen. Eine Aufgabe, der sich auch die Deutsche Fernsehlotterie bewusst ist: Gemeinsam mit ihren Mitspielern und ihrer Stiftung, dem Deutschen Hilfswerk, gestaltet sie das solidarische Miteinander in Deutschland.

Insbesondere ländliche Regionen und kleine Städte sind von den Folgen des demografischen Wandels betroffen: Die Infrastruktur bröckelt, Einzelhandel und Ärzte ziehen sich zurück. Kulturelles Leben liegt brach. Wer kann, der geht. Zurück bleiben oft die Alten. „Der demografische Wandel bedroht bestimmte Regionen nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht – ein gesamtes soziales Gefüge gerät aus den Fugen und damit ist auch das gesellschaftliche Miteinander in Gefahr. Hier gegenzusteuern ist eine Aufgabe, die uns alle angeht“, betont Christian Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie und der Stiftung Deutsches Hilfswerk.

Die Alterspyramide ist nicht umzudrehen – die Begleiterscheinungen und die daraus resultierenden negativen Entwicklungen für das soziale Miteinander allerdings sind keineswegs naturgegeben. „Bei den Themen fehlende soziale Infrastruktur, landärztliche Unterbesetzung und Defiziten im Pflegebereich können wir aktiv eingreifen und unterstützen“, sagt Kipper. „Wir haben es in der Hand, die Entwicklungen zu steuern – unter anderem indem wir Strategien und gute Projekte als Best-Practice bekannt machen.“ Deshalb ist die Fernsehlotterie auch Partner der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufenen „Demografiewerkstatt



**Als Dorfcoach kämpft Christel Schulz gegen die Vereinsamung von Senioren.**

Foto: Deutsche Fernsehlotterie

Kommunen“. Das Projekt unterstützt und vernetzt Kommunen, Gemeinden und Landkreise bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

## Die „Dörpkieker“: Ein Kampf gegen die Ödnis

Die Förderung von sozialen Projekten vor Ort und zunehmend auch Maßnahmen des Quartiersmanagements sind der Fernsehlotterie schon seit Jahren ein wichtiges Anliegen. So flossen allein 2016 rund sechs Millionen Euro der Fördergelder in 53 Projekte, die lebenswerte Sozialräume schaffen. Vielerorts geht es um Projekte, die mit der Altenhilfe zu tun haben. Genauso wichtig aber sind solche, die Jugendliche, Arbeitslose und Familien unterstützen, Generationen verbinden und gegen die Vereinsamung im Quartier ankämpfen.

Schulz und ihrem Team der Volkssolidarität: Sie organisieren Fahrdienste, schaffen Freizeitangebote, bringen Menschen zusammen und hauchen so den Gemeinden wieder soziales Leben ein. „Das Wichtigste ist, dass die Menschen sich treffen und gemeinsam lachen – und sich auch mit eigenen Ideen einbringen können“, so Schulz.

„Dass die Beteiligten selbst zu Wort kommen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren“, sagt auch Christian Kipper. „Bereits heute arbeiten einige Wohlfahrtsverbände mit Bürgerbeteiligungen, um die Bedarfe an Projekten und Unterstützung zu optimieren.“ Ein vielversprechender Ansatz, der Vertrauen, Motivation, breites Engagement und eine nachhaltige Basis für die Projektarbeit schafft. So ergibt sich die Strategie nicht von oben herab, sondern entwickelt sich aus der Arbeit vor Ort – ein erfolgversprechendes Modell für die Zukunft.

**Wir haben es in der Hand, die Entwicklungen zu steuern – unter anderem indem wir Strategien und gute Projekte als Best-Practice bekannt machen.**



Christian Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie und der Stiftung Deutsches Hilfswerk



Die Städtische Klinik in Alfeld ist seit 2010 in privater Trägerschaft.

## TASKFORCE KLINIKUM

Im Niedersächsischen Alfeld wurde die kommunale Gesundheitsversorgung durch Veränderungen gesichert

DR. LARS TIMM

Der Krankenhausmarkt ist in den letzten Jahren stark in Bewegung geraten. Besonders kleinere Einrichtungen mit weniger als 150 Betten in ländlichen Regionen stehen unter einem großen wirtschaftlichen Druck. In Alfeld wurde das städtische Klinikum im Jahr 2010 von der AMEOS Gruppe übernommen und zeigte zum damaligen Zeitpunkt sehr hohe Verluste auf. Um diesen Standort dauerhaft für die Zukunft zu sichern, die Patienten von den Leistungen des Krankenhauses zu überzeugen und damit auch wirtschaftlich wieder rentabel zu werden, bedurfte es eines langen Atems sowie einiger Veränderungen.

### Viele neue Sichtweisen

„Chancen nutzen, mutig sein, Betroffene zu Beteiligten machen und möglichst schnell vor Ort entscheiden“ lautete der Arbeitsauftrag der Taskforce AMEOS Klinikum Alfeld. Diese wurde mit Leitungs- und Fachpersonal verschiedener Bereiche besetzt und mit weitreichenden Entscheidungskompetenzen ausgestattet. Die Zusammenarbeit in diesem besonderen Rahmen – fernab von der alltäglichen Organisationsstruktur – ermöglichte viele neue Sichtweisen und Impulse.

Bei vielen Herausforderungen griff die Taskforce auf Best-Practice-Ansätze aus der AMEOS Gruppe zurück. Erfolgreiche Konzepte anderer Klinika der Gruppe wurden auf die Gegebenheiten in Alfeld angepasst.

Zunächst betrachtete man kritisch die Organisation der Belegung von insgesamt

### DIE ZEITLICH BESCHRÄNKTE ARBEITSGRUPPE SETZTE SICH FOLGENDE ZIELE:

- Verhandlung und Umsetzung eines Budgets für den
  - Ärztlichen Dienst
  - Pflegerischen Dienst
  - Medizinisch-technischen Dienst sowie den Funktionsdienst
- Senkung der Sachkosten um zehn Prozent
- Optimierung des Verweildauer-managements
- Ausweitung der Klinik für Altersmedizin von 12 auf 24 Betten

vier Stationsebenen. Daraus erstellte die Arbeitsgruppe ein neues Belegungskonzept mit neuer Bettenzuordnung: wirtschaftlich agierende Organisationseinheiten mit bis zu 68 Betten pro Stationsebene. Darauf aufbauend folgte ein angepasstes Personalkonzept für alle am Patienten tätigen Berufsgruppen. Die Taskforce setzte sich zum Ziel, die Personalsituation an den neu errechneten Bedarf zum Ende des Jahres anzupassen – unter ausdrücklichem Ausschluss von Kündigungen. Auch hier wurden Gruppenvorteile genutzt, wie die Versetzung in nahe gelegene Häuser, um gute und langjährig Beschäftigte zu halten. Das Ergebnis war erstaunlich: Die Betreuungsdichte der Patienten wurde deutlich verbessert. Es gelang

mit der neuen Struktur, die Nachtschichten je Station immer doppelt zu besetzen, was davor nicht immer möglich war.

### Einsparungen und Investitionen

Ebenso deutliche Erfolge erzielte die Taskforce im Bereich der Sachkosten. Alle Kosten im Materialeinkauf stellte das Klinikum auf die Gruppenstandards um und profitierte so deutlich von den Synergien. Die Bereiche Pforte und Reinigung wurden in einen neuen Organisationsbereich von AMEOS überführt. Positive Rückmeldungen der Patienten bescheinigen die nun bessere Qualität.

Nicht nur Einsparungen, auch gezielte Investitionen brachten den gewünschten Erfolg der Taskforce. Allein für Medizintechnik wurde rund eine halbe Million Euro investiert. Viele weitere Maßnahmen, zum Beispiel zur Steigerung der Optik und des Komforts für die Patienten, wurden getätigt. Zudem wurde die Kooperation mit anderen Ärzten und Gesundheitseinrichtungen gestärkt. Weiterhin wurden Veranstaltungen organisiert, um der Bevölkerung das Leistungsangebot ihres Krankenhauses näherzubringen. Dank der eingeleiteten Maßnahmen konnte sich das AMEOS Klinikum Alfeld als Gesundheitszentrum im südlichen Niedersachsen mittlerweile erfolgreich positionieren.

Dr. Lars Timm ist Regionalgeschäftsführer von AMEOS Region West

# AKTION GEGEN LANDÄRZTEMANGEL IN OSTSACHSEN

In der Kleinstadt Niesky bündeln Mediziner und Kommunalpolitiker ihre Kräfte um bald verwaiste Arztpraxen neu beleben zu können. Erste Erfolge sind inzwischen sichtbar

HARALD LACHMANN

Das ostsächsische Niesky ist zwar „Große Kreisstadt“, war bis 2008 sogar Kreissitz und wird von einer Oberbürgermeisterin regiert – doch mit 9600 Einwohnern wirkt es eher ländlich. Trotz liebenswerten Stadtkerns und trauter Lage zwischen Wald und Seen reizt es nur wenige Jüngere, hier sesshaft zu werden. Und so verschärft sich noch für das ohnehin alternde Städtchen in Kürze ein akutes Problem: Ab 2018 stehen in Niesky bereits fünf Arztpraxen leer, weil Mediziner in den verdienten Ruhestand wechseln, ohne dass ein Nachfolger bereit steht.

Und das ist kein Einzelfall im strukturschwachen sächsischen Osten, den nun auch noch die AfD so stark zu dominieren scheint. Laut Kassenärztlicher Vereinigung (KV) war im gesamten Landkreis Görlitz vor Jahresfrist jeder dritte der 174 Hausärzte älter als 60 Jahre. Noch dramatischer ist es bei Fachmediziner: Allein von den 20 Augenärzten zwischen Weißwasser und Zittau stehen acht kurz vor der Rente.

Aber auch Kliniken der Region finden immer schwerer Assistenzärzte.

Um Abhilfe in dieser misslichen Lage bemüht sich ein Ärzte-Netz Ostsachsen. Bereits 2014 durch zwölf Mediziner verschiedener Disziplinen geknüpft, wächst es seither kontinuierlich. Mittlerweile bündeln 25 Haus- und Fachärzte aus den Landkreisen Görlitz und Bautzen sowie vom Medizinischen Versorgungszentrum Rothenburg ihre Kräfte für die „Optimierung einer interdisziplinären, kooperativen medizinischen Betreuung und Versorgung von Patienten“, wie es in ihrer Strategie heißt. Gemeinsam will man die gegenseitige Kommunikation und Kooperation verbessern und zugleich den Nachzug „niederlassungswilliger Haus- und Fachärzte“ befördern.

## Ärzte-Netz Ostsachsen mit kommunalem Know-how

Verstärkt wird ihr Wirken durch kommunales Engagement. Sowohl der Landkreis Görlitz als auch eine Reihe Städte entlang

der Neiße bringen sich aktiv ein – so maßgeblich auch Niesky, wo seit Jahresbeginn bereits eine „Bereitschaftspraxis Niesky“ Engpässe in der medizinischen Grundversorgung abmildert. Getragen wird sie von der KV Sachsen, der Diakonissenanstalt Dresden sowie den sächsischen Krankenkassen.

Auch die beiden Ärzte Volker Höyneck und Rainer Stengel, die den Vorstand der Ärzte-Netz Ostsachsen GbR bilden, praktizieren in Niesky – und mit Hans-Joachim Tauch wechselte zudem der langjährige Hauptamtsleiter der Kleinstadt in ihr Lager. Er agiert nun als professioneller Netzmanager, um das Problem – wie auch die daraus resultierenden Chancen – über das Internet transparent zu machen. So ließ Tauch bei einem Nieskyer Studio einen Imagefilm drehen, um jüngere Mediziner gezielt für die Reize der Region zu begeistern. Zu sehen ist er über YouTube und auf der Homepage des Netzwerkes, die der Rathausprofi zusammen mit einer jungen Görlitzer Kommunikationsberatung zeitgemäß fit machte.

## Bedarf statt Mangel

Bei alledem vermeiden die Akteure den Begriff „Mangel“. Lieber spreche man von einem „hohen Ärztebedarf“, so Tauch: „Wir müssen positiv reden, dann kommen die Ärzte.“ Und in der Tat meldeten sich im letzten Vierteljahr acht Bewerber bei ihm. Unter ihnen befinden sich zwar nur zwei Deutsche, doch allein damit habe man nun plötzlich „mehr Anfragen, als Assistenzstellen zur Verfügung stehen“, freut er sich. Aber hier offenbart sich bereits die nächste Krux: Ehe ein Jungmediziner eine verwaiste Arztstube übernehmen darf, muss er in Deutschland trotz Studium und Praxisjahren noch zusätzliche Weiterbildungen durchlaufen, etwa in einem Krankenhaus – und die erstrecken sich teils über fünf Jahre.

Aber gerade hierbei assistiert dann den potenziellen Assistenzärzten das Ärzte-Netzwerk, so als Kooperationspartner der Krankenhäuser und als Beratungsstelle für junge Interessenten. Und das nicht ohne Erfolg: In Görlitz arbeitet seit kurzem eine brasilianische Ärztin und in Vierkirchen lässt sich wohl bald eine Ukrainerin als Kinderärztin nieder.



Weniger und älter. Der demografische Wandel betrifft auch das ostsächsische Niesky. Hier geht man das Thema aktiv an.

# Ein Jahr DAK-Gesundheitskarte für Geflüchtete in Köln

**EINE ERFOLGSSTORY:** Schnell, kostensparend, effizient

Seit 1. April 2016 stattet die DAK-Gesundheit im Auftrag der Stadt Köln die zugewiesenen Flüchtlinge mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) aus. Mit ihr können sich die Flüchtlinge, wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch, direkt in ärztliche Behandlung begeben, wenn sie akut erkrankt sind. Seit April 2016 wurden bislang rund 14.000 Karten von der DAK-Gesundheit an die Flüchtlinge in Köln ausgegeben. Ermöglicht wurde dies durch eine in 2015 von NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens und den Krankenkassen unterzeichnete Rahmenvereinbarung zur Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge.

Kommunaler Krankenkassen-Partner der Stadt Köln im Rahmen der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge ist die DAK-Gesundheit. „Die Zusammenarbeit mit der Stadt Köln in Bezug auf die Versorgung von Flüchtlingen mit der elektronischen Gesundheitskarte war

von Anfang an eine Erfolgsgeschichte“, sagt Wilhelm Meis, Regionalchef der DAK-Gesundheit in Köln. Vor Einführung der elektronischen Gesundheitskarte mussten sich die Flüchtlinge einen Krankenbehandlungsschein in Papierform im Amt für Soziales und Senioren besorgen, ehe sie sich in ärztliche Behandlung begeben konnten. Durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wurde der Zugang zur medizinischen Versorgung erheblich vereinfacht.

Sind die Flüchtlinge durch den „Königsteiner Schlüssel“ an die Stadt Köln zugeteilt, werden sie direkt bei der DAK-Gesundheit angemeldet. Im Rahmen der außerordentlich guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Krankenkasse ist es gelungen, einen geschützten elektronischen Datenaustausch zu entwickeln. Dadurch wird die Karte schnellstmöglich ausgestellt und die betreuten Flüchtlinge profitieren von

diesem vereinfachten und diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem. NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens und die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker lobten die Kooperation anlässlich des einjährigen Bestehens. Stephan Santelmann, Leiter des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Köln sagt: „Gemeinsam mit der DAK-Gesundheit, einem kompetenten und verlässlichen Partner, ist es gelungen, die elektronische Gesundheitskarte in Köln zu diesem Erfolgsprojekt werden zu lassen.“

## Politisch sinnvoll und ökonomisch vernünftig

„Wir als DAK-Gesundheit halten es für moralisch geboten, politisch sinnvoll und ökonomisch vernünftig, sich an der Ausgabe der eGK für Flüchtlinge und Asylbewerber zu beteiligen“, erläutert Wilhelm Meis die Entscheidung der Krankenkasse. „Wir unterstützen dabei die Kommunen bei der bisherigen

bürokratischen und schwierigen Regelung und sorgen so für eine kostensparende Entlastung der für die Versorgung der Flüchtlinge verantwortlichen Kommunen“, so Meis weiter.

Die elektronische Gesundheitskarte deckt neben der Behandlung von Erkrankungen auch Schutzimpfungen und medizinisch gebotene Vorsorgeuntersuchungen ab. Für die Flüchtlinge hält die DAK-Gesundheit Leistungsübersichten in mehreren Sprachen, zum Beispiel arabisch, bereit. In den Räumen des Regionalzentrums in der Weyerstraße gibt es einen exklusiven Servicebereich für Flüchtlinge mit besonders spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

## SIE MÖCHTEN MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN?

Rufen Sie uns an! Die DAK-Gesundheit bietet allen Kommunen an, sie bei der Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern zu unterstützen – unabhängig davon, ob es bereits Verträge auf Landesebene gibt.

### Ihre Ansprechpartnerin:

Silke Pagels  
Telefon: 040-2396-2240  
E-Mail: [silke.pagels@dak.de](mailto:silke.pagels@dak.de)

(v.l. unten):

**Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker, NRW-  
Gesundheitsministerin  
Barbara Steffens**

(v.l. Mitte): **Hans-Werner  
Veen, Landeschef  
der DAK-Gesundheit,  
Wilhelm Meis, Leiter des  
Regionalzentrums Köln  
der DAK-Gesundheit**

(v.l. oben): **Marc Ruda,  
Kreisgeschäftsführer des  
DRK Kreisverbandes Köln,  
Stephan Santelmann, Leiter  
des Amtes für Soziales und  
Senioren der Stadt Köln**



Vorausschauen. Für Ihren Erfolg.

# Die besten Karten in der Flüchtlingsversorgung!

## Unsere Gesundheitskarte für Asylbewerber.

Sie möchten für Ihre Kommune viel Zeit und Kosten sparen? Dann nutzen auch Sie die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:



- **Kostengünstigere und effizientere Verträge** mit den Leistungserbringern ✓
- **Schlankere Verwaltungsstrukturen** dank etablierter Prozesse ✓
- **Verlässliche Abrechnungsverfahren** für eine qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung ✓

Setzen Sie auf die große Erfahrung der DAK-Gesundheit! Wir beraten Sie gern.

**Silke Pagels**

Telefon: **040 2396 22 40** (zum Ortstarif)

E-Mail: **silke.pagels@dak.de**

**DAK**  
Gesundheit  
*Ein Leben lang.*

# ZUWANDERUNG – WIE DER LÄNDLICHE RAUM PROFITIEREN KANN

Integration durch gemeinsames Bauen

HOLGER PUMP-UHLMANN

**A**ls die deutsche Bundeskanzlerin am 5. September 2015 erklären lässt, dass Deutschland keine Flüchtlinge abweisen werde, um eine akute Notlage der geflüchteten Menschen auf dem Balkan zu beseitigen, wird eine pragmatische Entscheidung mit historischen Folgen getroffen. Die große Zahl von Asylsuchenden stellt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen.

So auch das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen zahlreichen Kommunen. Bereits am 28. September 2015 skizziert Tim Rieniets, Leiter von StadtBauKultur NRW e.V., auf einer Mitgliederversammlung eine erste Idee zur Flüchtlingsthematik. Er stellt die Frage, warum angesichts eines großen Leerstandes nicht die leer stehenden Immobilien für eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten genutzt werden könnten. Ein Mitglied greift die Idee auf und verweist auf eine kleine Kommune im Landkreis Höxter: die Stadt Nieheim. Der Bevölkerungszuwachs durch Migranten könne – so die Überlegung – auch eine Chance für die Stadtentwicklung sein. Denn die Stadt Nieheim sieht sich seit längerem mit Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Die gegenwärtigen Auswirkungen des demografischen Wandels machen sich in Nieheim ganz signifikant in einer sinkenden Nachfrage im Bereich des Gebäudebestands bemerkbar und führen so zu vermehrten Leerständen.

## Heimatwerker gegen Leerstand

Bis Anfang 2016 entwickelt StadtBauKultur NRW gemeinsam mit der Stadt Nieheim und der Hochschule Ostwestfalen-Lippe (Detmolder Schule für Architektur und Innenarchitektur), die zu diesem Zeitpunkt ähnliche Fragen zur Flüchtlingsunterbrin-



April 2017: Baubeginn in Nieheim

gung thematisiert, ein Konzept. Geboren ist die ganz praktische Idee „Heimatwerker“, ein außergewöhnliches Projekt, das die Beseitigung von Leerstand mit der Integration und Qualifikation von Flüchtlingen verbindet.

Eine Gruppe engagierter Flüchtlinge wird gemeinsam mit ehrenamtlich tätigen Bürgern und mit Architekturstudenten der Hochschule Ostwestfalen-Lippe ein altes Ackerbürgerhaus in der Altstadt von Nieheim sanieren und für gemeinsame Zwecke nutzen. Da die Finanzierung des Projekts bis dato völlig unklar ist, wirkt es wie ein Wink des Schicksals, als das damalige Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (seit Mai 2017 das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen) zu Jahresbeginn 2016 ein Städtebausonderförderprogramm mit dem Titel „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ auflegt. Es zielt nicht auf die Unterbringung der Geflüchteten, sondern auf die Errichtung

von Gemeinbedarfseinrichtungen. Die Stadt Nieheim stellt in Zusammenarbeit mit StadtBauKultur NRW und der Hochschule OWL im Februar 2016 einen Antrag, der positiv beschieden wird. Das Projekt fördert die Möglichkeit der aktiven Integration der Geflüchteten und den Dialog zwischen vorhandener Bürgerschaft und den Neubürgern durch gemeinsames Planen und Bauen. Neben dieser sozialen Integration beinhaltet es eben auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt, planungsrechtliche Aspekte, notwendige Umbaumaßnahmen bzw. Qualifizierungsarbeiten im Bauhandwerk. Diese Komplexität führt zu Kontaktaufnahmen mit immer mehr potenziellen Beteiligten,



Es entsteht eine Werkstatt, die allen Bürgern offen steht.

insbesondere mit kommunalen und regionalen Sozialeinrichtungen und Einrichtungen im Bereich des Arbeitsmarktes.

## Dialog entsteht

Die Studenten erkunden im Sommer 2016 den Ort und planen im Herbst gemeinsam mit den Geflüchteten eine Projektwoche, die „Heimatwerkstatt“. Die angestrebte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ist noch überschaubar. Die Studierenden nehmen aber in starkem Maße die Rolle der Einheimischen ein und diskutieren mit den Geflüchteten über die Nutzungsmöglichkeiten. Der erwünschte Dialog entsteht. Im September 2016 gibt es nach Abschluss einer intensiven Projektwoche ein Ergebnis zur Nutzung des Ackerbürgerhauses: Eine Werkstatt für handwerkliche und kreative Tätigkeiten, sowie andere gemeinnützige Zwecke. Im Januar 2017 finden fachliche Abstimmungen mit dem Bauamt in Nieheim und der Bauaufsicht in Höxter statt – insbesondere zum Brandschutz und zu den Auflagen des Gesundheitsamtes. Nach der Einstellung von fachlichem und sozial kompetentem Personal für die anstehenden Planungs- und Baumaßnahmen starten die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im April 2017 und dauern bis heute an. Für Ende 2018 ist die Fertigstellung geplant.

Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.heimatwerker.nrw](http://www.heimatwerker.nrw)  
[www.stadtbaukultur-nrw.de](http://www.stadtbaukultur-nrw.de)



Die Qualität der Bildungsinfrastruktur und die Bildungschancen vor Ort dürfen nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängig sein.

## ALLES BEGINNT MIT GUTER BILDUNG

Steigende Schülerzahlen in der Stadt, sinkende auf dem Land. Marode Schulgebäude und Personalmangel im Bildungsbereich. Die GEW fordert mehr Geld für Kommunen für gute Bildung

MARLIS TEPE

Die KfW-Bank spricht von einem Sanierungsstau von 34 Mrd. Euro für die Kommunen – allein für die Schulgebäude. Der demografische Rückgang bleibt aus – insbesondere in den Ballungszentren. Die Zahl der Schüler\*innen wächst. Nachdem in den letzten 15 Jahren etwa 1.800 Schulen geschlossen wurden, müssen nun wieder Schulen gebaut werden. Laut einer Studie von Klemm und Zorn ist mit 14.800 zusätzlichen Klassen zu rechnen. Bis 2025 entsteht so ein Bedarf von etwa 2.300 Grundschulen.

Marode und überfüllte Schulen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine Bürgermeisterin, ein Kämmerer, eine Stadtvertretung die Gebäude absichtlich vernachlässigt. Die Kommunen müssen viele Aufgaben erfüllen, doch dafür steht ihnen nicht genügend Geld zur Verfügung.

Geld für gute Kindertagesstätten mit gut bezahltem Personal, das deshalb gern arbeitet. Für gut ausgestattete Kitas und Schulen, damit Lernprozesse gelingen. Für Schulen mit Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit, damit Eltern Beruf und Familie vereinbaren können.

Kommunen wollen für ihre Bürger\*innen attraktiv sein. Im Bildungsbereich heißt das, viel Geld in die Hand zu nehmen. Dafür bietet die GEW ihre Partnerschaft an. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund Länder und Kommunen so

ausstattet, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Wir stehen an der Seite der Städte und Gemeinden, um allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gute Bildung anzubieten. Über Kitas und Schulen hinaus müssen auch Volkshochschulen, Büchereien, Sportanlagen, Schwimmbäder und Kulturangebote vorgehalten werden.

Neben unseren Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl haben wir deshalb den Appell „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“ initiiert und viele Bündnispartner gewonnen. Prominente machen sich mit der GEW für zusätzliche Mittel stark. Auch (Ober)Bürgermeister unterstützen uns. Bildung muss weitergedacht und -entwickelt werden. Wir wollen eine Offensive für den qualitativen und quantitativen Ausbau des gesamten Bildungswesens.

### Gute Bildungsangebote für alle

Das Bildungsangebot darf nicht davon abhängen, wie finanzkräftig eine Kommune ist. Auch die soziale Herkunft soll die Chancen eines Kindes nicht einschränken. Wir wollen gute Bildungsangebote für alle Kinder und Erwachsenen. Bildungserfolg ist in Deutschland jedoch immer noch wie in kaum einem anderen Staat von Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängig. Das muss sich ändern!

Bildung und Lernen brauchen mehr Zeit und Raum. Kinder, Jugendliche und Erwachsene benötigen ein Umfeld, das ihnen Lernen erleichtert, sie anspricht und motiviert. Räume müssen gemeinsames und individuelles Lernen unterstützen und so ausgestattet sein, dass zeitgemäße pädagogische Konzepte umgesetzt werden können.

### Mehr Personal für gute Bildung

Die Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft eröffnen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Zugang zur Welt. Dabei sind gute Arbeitsbedingungen die Voraussetzung für erfolgreiche Bildung. Fachkräfte im Bildungsbereich benötigen mehr Zeit für individuelle Lernprozesse, sie müssen sich beraten und austauschen. Aber: Gruppen und Klassen sind vielfach zu groß. Der zunehmende Personalmangel im Bildungsbereich ist besorgniserregend. Er beeinträchtigt die Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. An den Hochschulen und in der Weiterbildung, zunehmend auch an Kitas und Schulen, sind viele Menschen mit befristeten Verträgen beschäftigt. Besonders in der Weiterbildung arbeiten sie als Honorarkräfte ohne soziale Absicherung. Beschäftigte in Bildung und Wissenschaft brauchen für Daueraufgaben Dauerstellen. Zudem benötigen zusätzliche Aufgaben zusätzliches Personal. Auch dafür ist Geld nötig.

Deshalb appellieren wir an den neuen Bundestag und die neue Regierung:

- Lassen Sie Länder und Kommunen bei der Verwirklichung des Rechts auf gute Bildung für alle nicht allein.
- Stellen Sie deutlich mehr Geld zur Verfügung, damit Bund, Länder und Kommunen diese essenzielle Aufgabe für die Gesellschaft dauerhaft gut erfüllen können.

Marlis Tepe ist Vorsitzende der GEW

# MARKENZEICHEN NACHHALTIGKEIT

Biologische Vielfalt als Gemeinschaftsaufgabe. In Bad Saulgau sind Natur und Mensch im Einklang

HEINZ WRANESCHITZ

In der 18.000-Einwohner-Stadt Bad Saulgau in Baden-Württemberg ist „Natur und Landschaft zum wichtigsten Marketingfaktor geworden“ – davon ist der städtische Umweltbeauftragte Thomas Lehenherr überzeugt. Über 300.000 Gästeübernachtungen im Jahr zählt die Stadt in Oberschwaben heute. Wohl auch dank des Titels „Landeshauptstadt der Biodiversität“ wollen Vertreterinnen und Vertreter vieler anderer Kommunen, Behörden und Verbände vor Ort erleben, wie hier Biodiversität gelebt wird.

1992 war das Jahr, in dem der Stadtrat von Bad Saulgau die Stelle des Umweltbeauftragten einrichtete: Der sollte „die Gemeinde ökologisch weiterbringen“, hieß die Maßgabe. Doch nicht der Umweltbeauftragte alleine, sondern die Einbindung von Bevölkerung, Vereinen, Bildungseinrichtungen, eigentlich aller relevanten Gruppen, machte das von ihm erarbeitete ökologische Gesamtkonzept zum Erfolgsmodell.

## Viele Maßnahmen – ein Ziel

Dabei war und ist Bad Saulgau nicht alleine: Das gesamte Bündnis von inzwischen 114 deutschen „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ mit Sitz in Radolfzell (Baden-Württemberg) sieht den Schutz der Biodiversität als zentrale Arbeitsaufgabe.

Es formuliert grundlegende Ziele, „stellt Einzelprojekte und -aktivitäten in einen größeren Zusammenhang“, sagt Tobias Herbst, der Projektleiter des Bündnisses. Das Erfolgsmodell ist in allen beteiligten Kommunen gleich: Eine von politischen Gremien beschlossene Biodiversitätsstrategie schafft Verbindlichkeit und stärkt das Bewusstsein dafür, dass Naturschutz eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe ist. „Leben – Natur – Vielfalt“ nennt der Verein diese Strategie.



Artenvielfalt statt Einheitsgrün: Blumenwiesen entlang der Straßen in Bad Saulgau.

In Bad Saulgau stellt das Nachhaltigkeitsteam um den Umweltbeauftragten Thomas Lehenherr und Stadtgärtnermeister Jens Wehner jede Menge Einzelmaßnahmen auf die Beine. Die verfolgen allesamt das große Ziel der biologischen Vielfalt im Ort. Beispiele dafür sind die mehrjährigen Blumenwiesen entlang von Straßen und Radwegen, oder die entsiegelten Verkehrsinseln mit artenreichen, kiesverträglichen Stauden- oder Bankettmischungen.

## Bunt statt Grün

Die vorherigen reinen Rasenflächen mussten 20-mal im Jahr gemäht werden, die über Jahre entstandenen vielfältigen Blumenwiesen dagegen nur noch zweimal. Zudem ziehen diese Bunt-Flächen viele Vogel- und Insektenarten an und sind auch noch schön anzusehen. Viele anfangs skeptische Bürgerinnen und Bürger wurden durch Beteiligungsangebote und umfangreiche Kommunikation der Ziele überzeugt. Zum Beispiel werden jedes Jahr Umweltwandertage und Informationsveranstaltungen entlang artenreicher Biotope und innerstädtischer Anlagen für die Bevölkerung durchgeführt.

Angefangen hat die Umwandlung des öffentlichen Grüns vor über 20 Jahren. Heute gibt es fast doppelt so viel „Bunt“ wie damals. Mehr Personal ist dafür nicht im Einsatz. „Die Kosten für Grünpflege und Bepflanzungen sind stark gesunken“, heißt es vom Umweltbeauftragten Lehenherr.

Geplant ist nun ein NaturThemenPark mit den vier Bereichen Wasser, Pflanzen, Tiere und Geologie, der alle Naturlehrpfade, Biotope und sonstigen Umweltangebote zusammenführt. Dazu gibt es von Stadt und Tourismusbetriebsgesellschaft Naturführungen sogar mit Segway-Elektrorollern. Ein ganz neues Projekt ist die „essbare Stadt“: Hier wachsen in den Pflanzkübeln der Innenstadt Gewürze oder Gemüse, alles zum Probieren.

Kommunen für biologische Vielfalt e.V.

[www.kommbio.de](http://www.kommbio.de)

Der Schutz der Biodiversität trägt zur Erreichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Das Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Weltweit nehmen Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 ein. Dieser Beitrag ist der Sammlung kommunaler Praxisbeispiele für jedes der 17 Ziele der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH entnommen.

Die Sammlung kann ab Ende Oktober 2017 bei der SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bestellt werden.

[info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de)



Fotos: Stadt Bad Saulgau

# Innovative Wege bei der Energieversorgung

Gemeinde Aurach setzt auf Energiemix und Kompetenz von Flüssiggasversorger PROGAS

Die mittelfränkische Gemeinde Aurach nutzt einen Mix aus herkömmlichen und regenerativen Energiequellen. Zum Einsatz kommen Flüssiggas, Heizöl, Windkraft und Photovoltaik. Neben einem kommunalen Investitionsprogramm profitierte die Gemeinde von der Erfahrung von PROGAS, einem der führenden Flüssiggasversorger in Deutschland. Das Unternehmen bietet ein komplettes Leistungspaket aus einer Hand – von der individuellen Beratung über die Anlageneinrichtung bis hin zur Instandhaltung und zu regelmäßigen Lieferungen.

Ideenreichtum war notwendig in Aurach: Das öffentliche Erdgasnetz reicht nur bis ins wenige Kilometer entfernte Neunstetten. Im Rahmen ihres Projektes zur Modernisierung der Infrastruktur suchten die Verantwortlichen nach Lösungen. „Diese sollten nicht nur wirtschaftlich interessant sein, sondern auch ökologisch“, berichtet Bürgermeister Manfred Merz. Schließlich seien die rund 3000 Einwohner der knapp 40 Quadratkilometer großen Gemeinde stolz auf die ländliche Struktur im idyllischen Mittelfranken. Dabei fiel unter anderem die Wahl auf die umweltschonende und ebenso vielseitige Energiequelle Flüssiggas. „In Regionen wie dieser gehört Flüssiggas als Heizenergie zur ersten Wahl. Vor allem im freien Gelände erweist sich der Energieträger als ideal, weil er sich problemlos überall hin transportieren lässt“, sagt PROGAS-Verkaufsleiter Reinhard Hahn.



*Bürgermeister Manfred Merz (li.) und PROGAS-Verkaufsleiter Reinhard Hahn verbindet eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.*

Foto: PROGAS

Bereits seit 1986 kommt der leistungsstarke und nahezu rückstandslos verbrennende Energieträger in Aurach zum Einsatz. Im Zuge der Investition wurde die Partnerschaft zum Versorgungsunternehmen PROGAS ausgebaut. Heute versorgen vier Flüssiggasbehälter – allesamt gemietet – das Betriebshaus der Kläranlage, die Schulporthalle, das Feuerwehrhaus sowie das für Veranstaltungen umfunktionierte Scheunenhaus. PROGAS kümmert sich um sämtliche Sicherheitsprüfungen, überprüft die Technik und übernimmt die regelmäßigen Wartungsarbeiten.

Darüber hinaus setzt man in Aurach auf weitere alternative Energiequellen. Mehrere Freiflächen-Photovoltaikanlagen erzeugen unter Standardbedingungen eine elektrische Leistung von 13 MW. Hinzu kommen 7 MW von mehreren Dachflächenkollektoren. Zusätzlich wurde in Windkraft investiert. „Unsere drei Windräder sorgen für weitere 7,2 MW im Jahr“, so Merz. „Damit erzeugen wir doppelt soviel Strom, als wir selbst im Jahr verbrauchen.“ Mit den Bürgern habe es bei der Entscheidung, die großen Räder aufzustellen, keine Schwierigkeiten gegeben. „Wir haben von

Anfang an transparent geplant“, sagt Merz. „Alle haben erkannt, dass dies eine sinnvolle Sache ist: Man kann auf sehr kleiner Fläche viel Energie gewinnen.“

---

**Kontakt:**  
**PROGAS GmbH & Co KG**  
**Westfalendamm 84-86**  
**44141 Dortmund**  
**Tel. (0231) 54 98-170**  
**Fax (0231) 54 98-161**  
**E-Mail: [info@progas.de](mailto:info@progas.de)**

[www.progas.de](http://www.progas.de)

---

# Perfekt auf Sie abgestimmt.

LIEGENSCHAFTEN EFFIZIENTER BEWIRTSCHAFTEN  
UND ENERGIEVERBRAUCH SENKEN



**GESAMTLÖSUNGEN AUS EINER HAND:** Passen Sie das Management Ihrer kommunalen Immobilien an die örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse an – mit dem Dienstleistungspaket „Fundament“ von GELSENWASSER<sup>+</sup>. Wir unterstützen Sie von der Bestandsanalyse über die Implementierung einer Gebäudemanagement-Software bis zu individuellen Handlungsempfehlungen und helfen Ihnen dabei, Ihre Gebäude sicher und effizient zu betreiben.

Kompetente Lösungen von der Beratung bis zur Umsetzung: [www.gelsenwasser.plus/fundament](http://www.gelsenwasser.plus/fundament)

GELSENWASSER 